

Slowenen blitzen beim Parlament in Wien ab

Volksgruppengesetz

Reform des Minderheitenschutzes:

Die Regierung sieht nach wie vor keinen Bedarf

(aus Novice, Klagenfurt, Nr. 28, S. 4, 11.7.2014)

(...)

Wien – Das Wiener Volksgruppenzentrum (CAN) unter dem Vorsitz von Marjan Pipp und dem Generalsekretär Hubert Mikl an der Spitze hat voriges Jahr im Sommer Unterschriften für eine Petition mit konkreten Vorschlägen zur Reform der Minderheitenschutzgesetzgebung gesammelt, die an den Nationalrat adressiert war. In der Petition wird u.a. eine Reform des Volksgruppengesetzes aufgrund der Expertise der Fachkommission unter der Führung von Heinrich Neisser und der ehemaligen Justizministerin Maria Berger und eine öffentlich-rechtliche Vertretung der Minderheit vorgeschlagen.

(...)

Die Petition wurde lediglich zur Kenntnis genommen

Der Parlamentsausschuss hat die Petition lediglich zur Kenntnis genommen, was bedeutet: Er hat die Petition abgewiesen. Auch der Vorschlag der Vertreter der Grünen und der Partei NEOS, dass der Parlamentsausschuss für Verfassungsfragen darüber diskutiert, wurde abgewiesen. Dabei beruft man sich auf die Stellungnahme des Bundeskanzleramts und von Minister Ostermayer. Darin heißt es, dass eine Novellierung des Volksgruppengesetzes im jetzigen Regierungsprogramm nicht vorgesehen ist und sie von der Regierung auch nicht für notwendig erachtet wird.

Unabhängig davon betont das CAN, dass es trotzdem auf seinen Forderungen bestehen wird.

Janko Kulmesch